

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 89 (2011)
Heft: 7-8

Artikel: Ist die Flüchtlingsfrage mit "Bundeszentren" zu entschärfen?
Autor: Niederberger, Paul / Weber, Catherine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-724838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist die Flüchtlingsfrage mit «Bundeszentren» zu entschärfen?

Flüchtlinge mit wenig Aussichten auf Asyl sollen künftig nicht mehr auf die Kantone verteilt, sondern in «Bundeszentren» untergebracht werden. Diese Zentren sollen eine der Massnahmen bilden, um Asylgesuche schneller als bisher üblich abzuwickeln.

Wie kam es überhaupt zu dieser Idee? In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde die Asylgesetzgebung immer wieder angepasst. Es stand nun wieder eine Teilrevision an. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates will effizientere, übersichtlichere und insbesondere beschleunigte Verfahrensabläufe herbeiführen. Die Behandlung sämtlicher Asylgesuche, von ihrem Eingang bis zu einem rechtskräftigen Asylentscheid, dauert durchschnittlich 413 Tage. Werden nur diejenigen Fälle betrachtet, in denen eine Beschwerde eingereicht wurde, so waren es durchschnittlich 756 Tage. Vor diesem Hinter-

Bundeszentren und um jeden Preis beschleunigte Asylverfahren sind keine neue Erfindung: «Asylofix» hiess 1988 das Pilotprojekt für das Schnellverfahren V88: Flüchtlinge, meist aus der Türkei, wurden in drei Bundeszentren verfrachtet, um ihre Gesuche möglichst schnell zu erledigen. Das Schnellverfahren und die Bundeslager wurden dank harschen Protesten zwei Jahre später aufgegeben.

Damals wie heute wurde eine «Flüchtlingskrise» herbeigeredet. Im ersten Quartal 2011 nahm Tunesien rund 150 000 Flüchtlinge aus Libyen auf. In der Schweiz stellten im selben Zeitraum 270 Menschen aus Nord-



Paul Niederberger

Dafür

CVP, Ständerat NW, dipl. Experte für Rechnungslegung und Controlling

grund verlangten wir vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement einen Bericht mit weitergehenden Handlungsmöglichkeiten.

Eine vorgeschlagene Massnahme ist der punktuelle Ausbau der Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes (EVZ = Bundeszentren). Vor dem eigentlichen Asylverfahren sollen in einer Vorbereitungsphase möglichst alle Vorabklärungen getroffen werden. Nicht-eintretens-Entscheide sollen in der Regel in den Bundeszentren entschieden und eröffnet werden. Die Betroffenen sollen während der Dauer ihres Asylverfahrens in den Bundeszentren untergebracht werden.

Die Erfahrungen zeigen, dass bei rund 90 Prozent der Asylgesuche nach einer Anhörung zu den Asylgründen keine weiteren Abklärungen zum Sachverhalt durchgeführt werden müssen. Ich unterstütze daher die Idee von Bundeszentren. Die Machbarkeit sowie finanzielle, organisatorische und rechtliche Auswirkungen sollen in einem nächsten Schritt aufgezeigt werden. Ich bin überzeugt, dass damit die Verfahren massiv verkürzt werden können.



Catherine Weber

Dagegen

Geschäftsführerin Demokratische JuristInnen Schweiz DJS

afrika ein Asylgesuch. Noch wenn es wesentlich mehr wären, ist die von gewissen Politikern und Politikerinnen immer wieder betriebene Hetze gegen Flüchtlinge unerträglich.

Und genauso sind es die von Bundesrätin Sommaruga vorgeschlagenen Bundeszentren zur allgemeinen Abschreckung und zur schnellen Abwicklung der Asylgesuche. Sie wären eigentliche Internierungslager, wie sie der Berner Regierungsrat Hans-Jürg Käser offen fordert: Die Flüchtlinge wären faktisch eingesperrt, der Rechtsschutz würde massiv abgebaut – staatliche Desintegration zum Zwecke der raschen Ausschaffung.

Die Erfahrung von 1988 lehrt, dass Lager schlicht keine Lösung sind. Das gilt auch für die seit 2004 betriebenen verfassungswidrigen «Minimalzentren» für abgewiesene Asylsuchende und erst recht für die grauenvollen Internierungslager, die die Schengen-Staaten (zu denen auch die Schweiz gehört) bis vor Kurzem im Libyen Gadhafis finanzierten. Der reiche Rechtsstaat Schweiz kann und muss es sich leisten, Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen.